

Österreichs Sozialsystem unter Druck: Großfamilien aus Transkarpatien kommen!

Österreich kämpft mit der Zunahme von Großfamilien aus Transkarpatien, während Behörden Sozialbetrug und Missbrauch verhindern wollen.

Salzburg, Österreich - Österreich steht vor einer ernsthaften Herausforderung: Ein unerwarteter Anstieg von Großfamilien aus Transkarpatien, einer Region im Westen der Ukraine, hat die Behörden in Alarmbereitschaft versetzt. Diese Familien reisen mit neuen Reisepässen ein, obwohl Transkarpatien nicht als Kriegsgebiet gilt. Bedenklich ist, dass viele dieser Neuankömmlinge weder Ukrainisch noch Russisch sprechen und häufig Analphabeten sind. Anton Holzer, Asyl-Koordinator in Salzburg, äußert Bedenken hinsichtlich potenzieller Fälle von Sozialbetrug. Der Zustrom hat bereits dazu geführt, dass in Salzburg rund 90 Prozent der Asylanträge von diesen Großfamilien stammen, was sowohl Schulen als auch Kindergärten enorm belastet, so **Kosmo**.

Die österreichischen Behörden reagieren mit strikteren Maßnahmen, um Missbrauch zu verhindern. Claudia Plakolm, die neue Familienministerin, erklärt, dass es keinen Generalverdacht gegenüber ukrainischen Flüchtlingen gibt, betont jedoch die Notwendigkeit, mögliche Missbräuche bei der Familienbeihilfe zu verhindern. Daher wird der Zugang zu dieser Beihilfe in Zukunft nur um ein halbes Jahr verlängert, anstatt um ein Jahr. Im Rahmen dieser Maßnahmen soll auch eine Taskforce eingerichtet werden, die kritisch jene Fälle prüft, in denen Familien, die zuvor in anderen EU-Staaten Sozialhilfe bezogen

haben, nach Österreich ziehen, um von den attraktiveren Leistungen zu profitieren. Eine spezielle Einheit hat den Auftrag, ab dem 31. Oktober strengere Kriterien auszuarbeiten, um zu verhindern, dass Österreich den Ruf als „soziale Hängematte“ in Europa weiter festigt, so die Berichterstattung von **Bundeskanzleramt**.

Wichtig ist auch, dass der Anspruch auf die österreichische Familienbeihilfe an gewisse Bedingungen geknüpft ist. Der Lebensmittelpunkt muss in Österreich sein, und eine Wohnsitzmeldung oder ein österreichischer Pass allein reichen nicht aus, um Leistungen zu erhalten. In besonderen Fällen, wie Beschäftigung oder Wohnsitz im EU/EWR-Raum, können zwar Leistungen beansprucht werden, jedoch sind Doppelbezüge ausgeschlossen. Dies soll die finanzielle Integrität der sozialen Systeme in Österreich schützen. Trotz der zunehmenden Herausforderungen bleibt die klare Botschaft, Unterstützung für Bedürftige soll gewährleistet, aber gleichzeitig Missbrauch ausgeschlossen werden.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Salzburg, Österreich
Quellen	• www.kosmo.at • www.bundeskanzleramt.gv.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at